



NR°1  
Februar 2018

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: Anil Zaugg

## EVP SAGT KLAR NEIN ZUR DEMOKRATIEFEINDLICHEN «NO BILLAG»

.....  
: An ihrer 2. ausserordentlichen Delegiertenversammlung Anfang Dezember in Solothurn haben die Delegierten der EVP Schweiz der No-Billag-Initiative eine klare Absage erteilt. Ja sagten sie zur neuen Finanzordnung 2021 und zum Budget der Partei für 2018. Mit stehenden Ovationen verabschiedeten sie alt Nationalrätin Maja Ingold und hiessen ihren Nachfolger, Nik Gugger, ZH, herzlich im Amt willkommen.  
:.....

« Die No Billag-Initiative ist ein massiver Schlag gegen die heutige Radio- und Fernsehvielfalt und damit auch gegen die unabhängige Information, die für unsere direkte Demokratie unverzichtbar ist», machte EVP-Nationalrätin und Parteipräsidentin Marianne Streiff in ihrem Plädoyer gegen die Initiative deutlich. Wenn diese angenommen würde, müssten die SRG und die 34 regionalen Radio- und Fernsehanbieter den Betrieb mit ziemlicher Sicherheit einstellen. Mit der vollständigen Kommerzialisierung der Medienlandschaft würden finanzkräftige Investoren mehr Macht im Schweizer Medienmarkt erhalten, um Eigeninteressen durchzusetzen. «Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Schweizer Medien zum Sprachrohr zahlungskräftiger Interessenvertreter werden, die sie für ihre politische Propaganda missbrauchen können.» Es gehe bei dieser Abstimmung letztlich auch darum, wem die Macht über Radio- und Fernsehen im Land dienen soll. «Wer keine Berlusconiisierung der Schwei-

zer Medienlandschaft will, sagt nein», so Marianne Streiff. Die Delegierten folgten schliesslich dem Votum der Präsidentin und stimmten mehr als deutlich mit 94 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen nein zu «No Billag». Die neue Finanzordnung 2021 wurde hingegen einstimmig befürwortet und das Budget der Partei für 2018 verabschiedet. Im Rahmen einer Ergänzungswahl wählten die Delegierten die 35-jährige Winterthurerin Sandra Senn in den Parteivorstand.

Mit stehenden Ovationen verabschiedeten die Delegierten alt Nationalrätin Maja Ingold. «Zusammen mit der EVP Schweiz bin ich dir aus tiefstem Herzen dankbar für dein grossartiges Wirken», dankte ihr Marianne Streiff. Ebenso herzlich hiessen sie ihren Nachfolger, Nik Gugger, Zürich, in seinem Amt willkommen.

.....  
**VON DIRK MEISEL, LEITER KOMMUNIKATION EVP SCHWEIZ**  
dirk.meisel@evppev.ch  
.....

**NO «NO BILLAG»**

**6**

Weshalb No Billag keine Alternative zur heutigen Medienlandschaft ist – die Gründe im Überblick.

**NO TABAC**

**8**



Die Tabakindustrie wirbt on- und offline gezielt um Jugendliche. Nik Gugger will das ändern. Sein erster Vorstoss im Nationalrat.

**NO TOUCH**

**3**

Ist bei Organentnahmen die Würde im Tod sichergestellt? Marianne Streiff fragte den BR.

## EDITORIAL



Die BLS zeigt auf einem ihrer Werbeplakate zwei erwachsene Personen mit zwei Kindern auf einer Schneewanderung vor einer Berg- und Hügelkulisse. «Heimatland isch das schön hie.» steht daneben. Über dieses Sujet nervt sich jemand auf Twitter extrem. Es ist ein Schweizer, Autor, Dozent und Lehrer für digitale Bildung.

Was nervt ihn dermassen? Die «Bünzli-Familie»! Das Foto zeige eine ganz bestimmte, veraltete Vorstellung der Familie, die heute sehr oft nicht mehr der Realität entspreche. Solche Werbung verletze Gefühle moderner Menschen. Wer so argumentiert und kritisiert wie dieser Dozent, entlarvt sich und sein Weltbild selbst. Der Familienbericht 2017 des Bundesamts für Statistik zeigt nämlich ein völlig anderes Bild: In drei Viertel der Familienhaushalte wohnen verheiratete Eltern mit ihren gemeinsamen Kindern. Einer von sieben Haushalten ist ein Einelternhaushalt und in einem von zwanzig Haushalten lebt eine Patchworkfamilie. Die Mehrheit der Familien sieht also ähnlich aus wie auf dem Bild der BLS-Werbung.

Ich bin froh und dankbar, eine Partei präsidieren zu dürfen, die sich seit Jahrzehnten konsequent und in diesem Sinn wertkonservativ aber immer auch differenziert für den Erhalt und die Förderung der Familie einsetzt. Und die sich aktuell in einem ihrer Schwerpunktthemen zukunftsorientiert für eine enkeltaugliche Alters- und Generationenpolitik einsetzt. Davon lesen Sie, nebst weiteren interessanten Beiträgen dieser Nummer, in der Rubrik «Fachgruppen». Wir bieten Ihnen ausserdem spannende Interviews und Berichte verschiedener Parteipolitikerinnen und -politiker. Zudem informieren wir Sie über aktuelle Abstimmungs- und Wahlgeschäfte sowie über unsere Ziele für das eben begonnene neue Jahr 2018.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich in diesem Jahr viel Erfreuliches und Gottes Segen.

Herzlich Ihre

Marianne Streiff  
Präsidentin der EVP Schweiz

## EVP AUF SOCIAL MEDIA



[www.facebook.com/evppev](http://www.facebook.com/evppev)



[@evppev](https://twitter.com/evppev)

## PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 2. Dezember 2017 in Solothurn für die Volksabstimmung vom 4. März 2018:



**BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE JA  
NEUE FINANZORDNUNG 2021**



**VOLKSINITIATIVE «JA ZUR  
ABSCHAFFUNG DER RADIO-  
UND FERNSEHGEBÜHREN» NEIN  
(NO BILLAG)**

## O-TON



Artikel in der Winterthurer Zeitung

**«Die EVP steht auch in Zukunft für eine Politik, in welcher der Mensch im Mittelpunkt steht.»**

Robert Blaser in der Winterthurer Zeitung online vom 24.1. 2018



Zitat aus der Abschiedsrede

**«Und politisch wird mein Herz weiter schlagen für die soziale Mitte der EVP. Für die Randgruppen, für die Menschen ohne Stimme und ohne Rechte.»**

Alt Nationalrätin Maja Ingold während ihrer Abschiedsrede an der Delegiertenversammlung vom 2. Dezember 2017 in Solothurn

Anzeige

Neues Jahr, neue Vorsätze:

**Ich will achtsamer leben.**

**Tun Sie's. Mit uns. Jetzt.**

Jede Woche Journalismus mit Qualität und ohne Blödsinn.  
Viel mehr als nur austauschbare News.

**doppelpunkt**

Das Schweizer Magazin für Weltoffene

Bestellen Sie jetzt unter [www.doppelpunkt.ch](http://www.doppelpunkt.ch)!



## KOMMENTAR



«Es frustriert sehr, wenn ein Diskurs nicht mehr möglich ist und es nur noch Glaubenskriege auf allen Ebenen gibt», klagte neulich ein ehemaliger Arbeitskollege auf Facebook. In der Tat: Die politisch Andersdenkenden werden vor laufender Kamera als «Totengräber der Demokratie» oder «Verfassungsverräter» verunglimpft. Eine Nationalrätin bescheinigt der politischen Gegnerin auf Twitter den IQ eines gebackenen Brotes. «Inakzeptabel», «erbärmliches Niveau», «Anstandsverlust» kommentiert die Twitter-Gemeinde kopfschüttelnd. Ja, es steht mitunter nicht gut um die politische Diskussionskultur. Und um die Wahrheit schon gar nicht. Diese bemisst sich zunehmend nicht mehr an der Richtigkeit der Aussage, sondern daran, wie authentisch der Sprechende rüberkommt. Hauptsache politisch unkorrekt. Wie anders klang es da zum Beispiel beim Abschied von Maja Ingold aus dem Nationalrat. Da war über die Parteigrenzen von «unaufgeregtem Diskussionsstil», «tiefer Dossierkenntnis» und «menschlicher Integrität» die Rede. Ja, wir können anständig, sachlich, mutig und fair bleiben. Und damit den Unterschied machen. Und je schriller der andere, desto sichtbarer der Unterschied. Hat übrigens nix mit mit «brav» oder «unscheinbar» zu tun.

**DIRK MEISEL**  
LEITER KOMMUNIKATION  
dirk.meisel@evppev.ch

## INTERVENIERT

# WO BLEIBT DIE WÜRDE DES MENSCHEN IM STERBEN UND IM TOD?

In den einschlägigen Richtlinien zum überarbeiteten Transplantationsgesetz, das Mitte November 2017 in Kraft trat, wurde die sogenannte «No-Touch-Time» bei Organentnahmen drastisch von 10 auf 5 Minuten halbiert. Diese Wartezeit muss bei einem Herz-Kreislaufstillstand eingehalten werden, bis Ärzte den Hirntod des Patienten feststellen und anschliessend dessen Organe entnehmen dürfen.

### Verkürzung ohne jegliche öffentliche Diskussion

Besonders stossend: Diese gravierende Veränderung der Richtlinien hatte die SAMW (Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften) erst nach der offiziellen Vernehmlassung ohne jegliche öffentliche Diskussion nachträglich eingefügt. In der Wintersession 2017 fragte ich den Bundesrat deshalb, ob er bereit ist, diese umstrittene Neuregelung für die No-Touch-Time bei Organentnahmen rückgängig zu machen oder zumindest solange zu sistieren, bis diese wissenschaftlich breit abgestützt und öffentlich diskutiert werden konnte. Die Halbierung der Wartezeit gilt als heikel, weil die Beurteilung der benötigten Mindestdauer wissenschaftlich umstritten ist. In Deutschland lehnt die Bundesärztekammer eine Organentnahme nach einem Herz-Kreislaufstillstand sogar generell ab, da die Feststellung des Todes in diesen Fällen zu unsicher sei. Die deutschen Gesellschaften für Kardiologie und Neurologie teilen diese Auffassung ebenso wie namhafte Neurologen.

### Abschiednehmen mit OP-Team an der Tür?

Vor allem aber wollte ich wissen, welche Vorkehrungen vor-



Foto: pixabay.com

Marianne Streiff wollte vom Bundesrat wissen, wie er ein Sterben in Würde bei bestimmten Organentnahmen sicherstellt.

gesehen sind, damit die Würde des Menschen im Sterben und Tod bewahrt bleibt, auch wenn die Wartezeit zwischen dem Sterben und der Operation zur Entnahme der Organe drastisch um die Hälfte reduziert wird. Man stelle sich vor: Das Herz eines Patienten hat aufgehört zu schlagen, sein Händedruck ist noch warm, die Angehörigen möchten Abschied nehmen. Der Hirntod wird festgestellt und die OP-Gruppe bereits alles vor, um seine Organe zu entnehmen. Und dies alles in gerade mal 5 Minuten. Kann so die Würde des Menschen im Sterben und im Tod wirklich gewahrt werden?

### Spendenbereitschaft sinkt

Auch fragte ich den Bundesrat, ob diese Neuregelung nicht kontraproduktive Auswirkungen auf die Spendenbereitschaft in der Bevölkerung haben wird, weil potenzielle Organspenderinnen und Organspender dadurch eher abgeschreckt werden. Ich selbst kenne spendenbereite Menschen, die ihren Spenderausweis deswegen zerrissen haben.

Die Antwort des Bundesrates auf meine dringliche

Anfrage befriedigt nicht. Er argumentiert rein medizinisch-technisch. Darauf, dass diese Neuregelung Spender und Spenderinnen abschrecken könnte, geht er gar nicht erst ein.

### Keine konkreten Massnahmen

Er nennt leider auch keinerlei konkreten Massnahmen, wie die Würde des Menschen in den verbleibenden fünf Minuten zwischen dem Tod und der Operation zur Entnahme der Organe sichergestellt werden soll. Auch sieht er keinen Grund, die Regelung ausser Kraft zu setzen, obwohl sogar die SAMW einräumt, dass es noch Gesprächsbedarf mit den kritischen betroffenen Gruppen gibt. Ein derart gravierender Einschnitt in Sterben und Tod eines Menschen muss wissenschaftlich fundiert abgestützt und öffentlich breit diskutiert werden. Auch braucht es klar geregelte Massnahmen, die gewährleisten, dass die Würde des Menschen auf dem Sterbebett gewahrt bleibt.

**VON MARIANNE STREIFF**  
NATIONALRÄTIN EVP, BERN  
marianne.streiff@parl.ch

## «IN DIENENDER HALTUNG POLITISCH ETWAS BEWEGEN»

Er sieht die Jungen in der Verantwortung, unsere Gesellschaft mitzugestalten. Er will sie für ihre Kernanliegen gewinnen wie soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung oder Menschenhandel. Und wehe, wenn einer in der WG sein Stimmcouvert ungenutzt ins Altpapier wirft: Raphael Hählen, der neue Generalsekretär der \*jevp im Interview:



Raphael Hählen, 22, wohnhaft in Thun, studiert Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern

**R**aphael, du bist seit rund vier Monaten neuer Generalsekretär der \*jevp.

Wie sieht deine Bilanz der «ersten 100 Tage» aus?

In den ersten beiden Monaten arbeitete ich noch öfters mit Reto Stalder zusammen, meinem Vorgänger. Er hat diese Übergabe sehr gut vorbereitet,

«Materielle Armut und die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich erfordern ein Handeln der Politik.»

Kompliment an dieser Stelle an Reto. Ich konnte auf dieser Basis schon bald immer selbstständiger arbeiten. In den ersten 100 Tagen habe ich sehr viele Leute kennengelernt, unter anderem den ganzen Vorstand, die Regionalkoordinatoren, die Büromitarbeitenden oder einzelne Parteimitglieder. Neben den mal mehr mal weniger prickelnden Routinearbeiten wie Mails schreiben oder die Webseite betreuen gab es sehr viele spannenden Einbli-

cke. Ich denke zum Beispiel an die Jugendsession im Bundeshaus oder die Vereidigung des neuen EVP-Nationalrats Nik Gugger.

**Weshalb hast du dich für dieses Amt bei der EVP beworben?**

Das Interesse an Politik ist bereits seit meiner Kindheit eine Konstante in meinem Leben. Beim Ausfüllen von Smartvote-Fragebögen stellte ich immer fest, dass ich äusserst gut in die EVP passen würde. Ausserdem passt die Stelle auch gut in meine momentane Lebenssituation als Student. Es ist schwierig, einen spannenden 20 Prozent-Job mit flexiblen Arbeitszeiten zu finden. Diese Kombination hat mich dann zur Bewerbung bewogen.

**Welche Motivation treibt dich an, dich politisch zu engagieren?**

Gerade in der Politik, die in den Medien ja oft in einem schlechten Licht dasteht, ist es wichtig, dass wir als Christen uns einbringen. Es ist genauso wichtig, dass man auch in diesem Bereich als Vorbild vorangeht und ein aktives Christsein lebt, wie es Christen auch in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft tun.

**Was müsste sich in der Schweiz verändern, damit es die Schweiz deiner Generati-**

**on bleibt – und was sollte sie beibehalten?**

Wenn ich mit dem Positiven beginne, dann fällt mir auf, dass unser Land im Grossen und Ganzen sehr gut funktioniert. Es macht auf den ersten Blick fast den Anschein als würde es aus politischer Sicht nicht mehr viel zu ändern geben. Dem ist aber sicher nicht so, denn die Politik ist auch in unserem Land gefordert beispielsweise in der Bekämpfung von Armut. Materielle Armut und die sich öffnende Schere zwischen den Armen und den Reichen erfordern aus meiner Sicht ein Handeln seitens der

Politik. Auch die Integration in den Arbeitsmarkt kommt mir spontan in den Sinn. Dort sehe ich auch Handlungsbedarf. Ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie Personen mit einer Beeinträchtigung müssen in den Arbeitsmarkt integriert werden, da sollte der Staat bessere Rahmenbedingungen schaffen.

**Wofür schlägt dein Herz?**

**Wofür willst du dich zusammen mit der \*jevp besonders engagieren?**

Es ist wichtig, dass Christen in der Politik wieder eine grössere Rolle spielen. Das motiviert



Seit Oktober letzten Jahres neuer Generalsekretär der \*jevp: Raphael Hählen

Foto: Rebekka Kipfer



## IM GESPRÄCH: RAPHAEL HÄHLEN - DIE ERSTEN 100 TAGE ALS GENERALSEKRETÄR \*JEVP

mich mitzumachen und dafür schlägt mein Herz: Dass wir in einer dienenden Haltung politisch etwas bewegen! Ich denke zum Beispiel an den Menschenhandel oder, wie bereits gesagt, beim Thema Armut können wir uns sehr gut engagieren, auf Probleme aufmerksam machen und Lösungsansätze mit entwickeln.

### Welche Herausforderungen siehst du für dich und die \*jevp für die kommenden drei Jahre?

In den letzten Jahren ist die Politik der \*jevp etwas zu passiv geworden. Man hat vor allem nur verwaltet und reagiert. Wichtig ist, dass wir uns nun als \*jevp wieder aufraffen und mit neuen aktiven Schritten auf unsere Kernthemen aufmerksam machen. Handlungsbedarf gibt es ja genügend. Es ist wichtig dass uns dies gelingt.

### «Auch bei der Integration älterer Arbeitnehmer oder beeinträchtigter Personen in den Arbeitsmarkt sehe ich Handlungsbedarf.»

### Welches Potenzial siehst du bei der \*jevp und wie willst du es freisetzen?

Bei der \*jevp ist es sehr einfach zu wissen, wo sich unsere Wähler oder Sympathisanten befinden. Im Gegensatz zu anderen Parteien haben wir hier einen klaren Vorteil. Wir wissen also genau, wo wir die Leute finden, die wir motivieren wollen, bei



Nachwuchstalente treffen alte Hasen: Die \*jevp auf Besuch bei der Berner EVP-Grossratsfraktion im November letzten Jahres

irgendeinem Thema mitzumachen. Zusammen als Vorstand haben wir beschlossen, dass wir uns vermehrt wieder in Jugendgruppen und bei jungen Christen zeigen wollen, um sie zu motivieren, bei ihren

Jungen engagieren sich dort, wo Gott sie am meisten gebrauchen kann.

### Robert Unteregger sprach neulich über die Idee eines nationalen Zukunftsrates für die Schweiz, der alle politischen Geschäfte der Schweiz einer Generationenverträglichkeitsprüfung unterziehen sollte. Was hältst du als Jungpolitiker von dieser Idee?

Es ist schwierig zu beurteilen, wie das dann genau aussehen sollte. Ich fände es nicht gut, wenn die ganzen Prozesse noch langsamer würden. Einerseits ist die Trägheit unseres Systems eine Stärke, denn so läuft man nicht zu schnell blind in etwas rein. Aber andererseits demotiviert es die Leute sich

### In der Schweiz herrscht der Trend, dass «die Alten» an die Urne gehen und über die Zukunft der Jungen entscheiden – weil diese zuhause bleiben. Wie wollt ihr vermehrt junge Menschen für ein verantwortliches politisches Engagement zu gewinnen?

Indem wir die jungen Menschen bewusst sensibilisieren, dass auch sie in der Verantwortung stehen, unsere Gesellschaft mitzugestalten. Es ist wichtig, dass wir alle im eigenen Umfeld persönlich darauf aufmerksam machen. In meiner WG kriegen die Leute zum Beispiel schon etwas zu hören, wenn ich ein Stimmcouvert oder einen Stimmzettel im Altpapier finde. Aber auch sonst können wir mit besserer Werbung auf den

### «In meiner WG kriegen die Leute schon etwas zu hören, wenn ich ein Stimmcouvert im Altpapier finde.»

überhaupt noch in der Politik zu beteiligen, wenn es zu lange dauert, bis sich etwas tut. Ich befürchte, dass diese Prüfung alles verlangsamten könnte und dass die Kompromissbereitschaft dadurch zurückgehen würde. Es muss ja auch nicht immer alles für alle Generationen perfekt stimmen.

Social Media-Kanälen darauf hinweisen, wann wieder Abstimmungen oder Wahlen sind und was die Konsequenzen des jeweiligen Entscheids sind.

**INTERVIEW: DIRK MEISEL**  
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH  
dirk.meisel@evppev.ch

### TERMINE 2018

**26.02. – 16.03.** Frühjahrsession des eidgenössischen Parlaments

**04.03.** Eidgenössische Volksabstimmung

**23.03.** Parteikonferenz, Baselland

**24.03.** Delegiertenversammlung, Baselland

## No Billag ist auch ein Angriff auf die direkte Demokratie

Gerade die direkte Demokratie lebt in den Regionen und Gemeinden davon, dass ihre Bürgerinnen und Bürger gut und ausgewogen informiert werden. No Billag würde das Aus für viele Regionalsender bedeuten. EVP-Präsidentin Marianne Streiff hielt deshalb an der Medienkonferenz der Gegner ein beherztes Votum für die Medienvielfalt in der Schweiz:

«Eine funktionierende direkte Demokratie ist zwingend auf informierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen, auch und gerade auf kantonaler und auf kommunaler Ebene.

Mit der Annahme der No Billag-Initiative würde die Medienabgabe komplett entfallen und deren Auszahlung auch an 21 regionale Radio- und 13 lokale Fernsehsender mit Gebührenanteil eingestellt.

Dies hätte zur Folge, dass diese regionalen und lokalen Radio- und TV-Stationen grosse finanzielle Einbussen hinnehmen müssten: Bei den Regionalfernsehen beläuft sich der Gebührenanteil im Schnitt auf 53% des Budgets. Bei den Lokalradios in den Berg- und Randregionen sind es 35% und bei den komplementären, nicht gewinnorientierten Lokalradios rund 67%.

Nebenbei bemerkt: Es betrifft

«Wer eine lebendige direkte Demokratie will, sagt klar NEIN zu No Billag!»

eben nicht nur die SRG oder das Fernsehen, mit dessen Programm der eine oder andere unzufrieden ist. Auch alle Radiosender mit Gebührenanteil sind betroffen – obwohl kaum einer das Radioprogramm kritisiert und niemand darauf verzichten möchte.

Bei Annahme der Initiative müssten diese Stationen ihren Betrieb wohl einstellen, denn ohne die Finanzierung über die Empfangsgebühren können sie nicht überleben. Eine vier-sprachige regionale und lokale Berichterstattung, wie wir sie heute kennen und schätzen,



Marianne Streiff an der Medienkonferenz der No Billag-Gegner quer durch alle Parteien.

würde weitgehend verschwinden. Es ist einfach illusorisch zu glauben, diese Anbieter könnten weiterbestehen, wenn ein grosser Teil ihrer Einnahmen wegfällt.

Die privaten Radio- und TV-Stationen garantieren eine breite und ausgewogene Berichterstattung über regional und lokal wichtige Themen.

Diese für unsere direkte Demokratie lebenswichtige Berichterstattung wird bei Annahme der Initiative weitgehend entfallen. Die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren kommt somit der Abschaffung von Schweizer Radio und Fernsehen gleich, die einen Service public im Dienste unserer Demokratie auf allen drei Ebenen erfüllen.

Wer für eine gelebte und lebendige direkte Demokratie eintritt, muss deshalb klar und deutlich NEIN zu No-Billag sagen!»

### WARUM NEIN ZU NO BILLAG?

- 21 regionale Radio- und 13 lokalen Fernsehsender sowie die SRG berichten täglich ausgewogen, in allen Regionen und in allen Landessprachen über regional und national wichtige Themen. **Diese Medienvielfalt und diese für die Demokratie und den Zusammenhalt der Schweiz wichtige regionale Abdeckung ist ohne Gebührengelder nicht aufrechtzuerhalten!**
- Gestützt auf den Leistungsauftrag versorgen die Gebührenempfänger heute die ganze Schweiz mit einem vielfältigen und ausgewogenen audiovisuellen Angebot. Die radikale Initiative will den Leistungsauftrag aus der Verfassung streichen. **Die freie Meinungsbildung, eine sachgerechte Berichterstattung und die Darstellung der Medienvielfalt wären nicht mehr gewährleistet.**
- Mit der totalen Kommerzialisierung der Medienlandschaft und der vorgesehenen Versteigerung der Konzessionen **erhalten finanzkräftige Investoren mehr Macht, um ihre Eigeninteressen durchzusetzen.** Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere **Schweizer Medien zum Sprachrohr zahlungskräftiger Interessenvertreter werden und für politische Propaganda missbraucht werden** – wie dies in Italien oder den USA längst der Fall ist.



## An der Schwelle zum nächsten Jahrhundert: Aufbruchstimmung an der Parteispitze

2019 wird die EVP Schweiz ihr 100 jähriges Jubiläum feiern und im gleichen Jahr zu den Nationalratswahlen antreten. Seit November letzten Jahres heisst es deshalb für den Parteivorstand, Fahrt aufzunehmen, sich strategisch richtig aufzustellen und konkrete Ziele für die nächsten Jahre zu setzen .

Die EVP soll künftig noch innovativer und frischer wahrgenommen werden, dabei aber ihre stabile, wertorientierte Politik weiterverfolgen. Nach seiner Strategieklausur im November hat der Parteivorstand die Zielsetzungen der EVP Schweiz für die nächsten Jahre konkretisiert. Gleichzeitig arbeitete er auch weiter an der eigenen Organisation, etwa der Aufteilung der Verantwortlichkeiten in entsprechende Ressorts. An unserer wertorientierten und sachgerechten Politik gibt es nichts zu rütteln, an ihr halten wir auch künftig fest. Auch die wirtschaftliche und ideologische Ungebundenheit

fung verpflichtet uns zu einer nachhaltigen Politik. Hoffnungsvoll wollen wir diese Welt menschenwürdig und gerecht mitgestalten.

Diese Eckpfeiler unserer Identität lassen wir nicht hinterfragen. Auf ihrer Basis wollen wir als national präsende Partei die Zukunft der Schweiz mitgestalten. Der Parteivorstand hält an der aus heutiger Sicht sehr ambitionierten und visionären Zielsetzung fest, in der Zukunft eine eigene Fraktion in der Bundesversammlung zu stellen. Er will sich in den nächsten Jahren dafür einsetzen, dass die EVP verstärkt innovativ und fortschrittlich mit ihren politischen Schwerpunktthemen in der Öffentlichkeit wahr- und ernstgenommen wird. Daneben soll auch die «EVP-Community» (inkl. Mitgliederzahl) ausgebaut, die Parteibasis ver-



Foto: Dirk Meisel

Die ersten Strategiepflocke schlug der Parteivorstand im November 2017 in seiner Klausur am Thuner See ein.

ordnete Ziel und Motto für das Jahr 2018: «An der Parteibasis wird die Aufbruchstimmung der EVP wahrgenommen». In

Generalsekretär EVP Schweiz (dominik.waehry@evppev.ch). Wir bleiben gerne im Austausch!



«Wir stehen am Anfang eines längeren Strategieprozesses. Vieles braucht noch Klärung und Feinabstimmung. Aber das Ziel ist klar: wir wollen die EVP vorwärts bringen!»

Sara Fritz, EVP Landrätin Baselland, Mitglied Parteivorstand EVP Schweiz

ist weiterhin ein Anker unserer Identität. Damit brechen wir aus dem bipolaren Links-Rechts-Schema aus. Im Sinne der Nächstenliebe stehen wir mit unserer Politik in der Verantwortung gegenüber den Menschen, auch ausserhalb nationaler Grenzen. Die Verantwortung für die Schöp-

jüngt und die Anzahl Mandate auf allen Ebenen kontinuierlich erhöht werden.

Der neue Parteivorstand glaubt an das Potenzial der EVP, das es in den nächsten Jahren weiter auszuschöpfen gilt. Vorbereitend auf das für die EVP so wichtige Jubiläums- und Wahljahr 2019 lautet das überge-

diesem Sinne danken wir allen Mandatsträgern, Mitgliedern und Unterstützenden für ihren Einsatz auch in diesem Jahr! Hast du eine (motivierende oder kritische) Rückmeldung, eine Idee, Anregung oder sonst ein Anliegen an die Parteileitung? Zögere nicht und deponiere es bei Dominik Währy,

VON DOMINIK WÄHRY  
GENERALSEKRETÄR EVP SCHWEIZ  
dominik.waehry@evppev.ch



«Ich finde es spannend, die Strategie der EVP mitzuentwickeln: von der Gewinnung der Parteibasis bis hin zu den nationalen Zielen. Und dies gemeinsam mit anderen, die ebenso das Wohl der Menschen im Fokus haben.»

Christian Minder, EVP Grossrat Aargau, Mitglied Parteivorstand EVP Schweiz

## VORSTÖSSE



Motion  
von Marianne Streiff

### Für einheitliche Sozialstandards

Mit einer identischen Motion haben Marianne und Kathrin Bertschy von der GLP den Bundesrat dazu aufgefordert, gemeinsam mit den Kantonen einheitliche Grundsätze und Rahmenbedingungen für die Sozialhilfe zu definieren. Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) erweisen sich als wenig verbindlich, da zu wenig demokratisch legitimiert. Verschiedene Kantone reformierten die Sozialhilfe deshalb einfach selbst. Wenn jedoch jeder Kanton die SKOS-Richtlinien nach eigenen Kriterien abändert, fördert das den Sozialtourismus. Die Grundsätze und Rahmenbedingungen der Sozialhilfe sollten deshalb interkantonal beschlossen und legitimiert werden, am besten über ein Konkordat zwischen den Kantonen oder allenfalls über ein nationales Rahmengesetz.

Motion  
von Nik Gugger

### Jugendschutz geht vor Profit

In der dritten Sessionswoche reichte Nik Gugger seine erste Motion ein, mit der er Kinder und Jugendliche vor Tabakwerbung in den klassischen und digitalen Medien schützen will.

(Fortsetzung nächste Seite)

## AUS DER BUNDESPOLITIK: DER BLICK ZURÜCK

# 2017: DAS JAHR, IN DEM GROSSE REFORMPROJEKTE SCHEITERTEN

Das Jahr 2017 wird nicht nur als erstes Amtsjahr des amerikanischen Präsidenten Donald Trump in Erinnerung bleiben. Die Schweizer Politik sah sich damit konfrontiert, dass der Souverän die Ergebnisse langjähriger Reformbemühungen nicht gut hiess und die Akteure zurück auf Feld 1 schickte.

International versinken die Erinnerungen ans politische Jahr 2017 schnell einmal in Geschichten rund um den neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump, seine «Alternative Facts», Fake-News-Vorwürfe und Tweets. Da rücken selbst regelmässigen Raketen-test-Provokationen des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-un schnell in den Hintergrund. Auch die Wahl von Emanuel Macron zum französischen Präsidenten verkommt da im Rückblick in der Wahrnehmung eher zum Nebenschauplatz.

Das politische Jahr war auch in der Schweizer Politik früh lanciert: Überraschend klar wurde am 12. Februar mit 59.1% Prozent die Unternehmenssteuerreform III (USR III) verworfen, obwohl neben den rechtsbürgerlichen auch alle Mittelparteien ausser der EVP geschlossen dahinterstanden. Nach dem Gripen-Nein 2014 bedeutete dies die zweite grosse Abstimmungsniederlage für SVP-Bundesrat Ueli Maurer. In rekordverdächtigem Tempo wurde sofort an einer «neuen»

Vorlage namens Steuervorlage 17 gearbeitet, deren Eckpunkte bereits im Sommer feststanden und die Ende Jahr in die Vernehmlassungsrunde geschickt wurde. Ob mit ihr eine klare Mehrheit geschafft werden kann, bleibt abzuwarten – und aus EVP-Sicht mindestens fraglich.

Als eine der wichtigsten Reformen der letzten Jahre kam die Altersreform 2020, welche in der Frühlingssession vom Parlament mit dem knappmöglichen Ergebnis unterstützt worden war, im September vors Volk. Eine unheilige Allianz mit dem Schulterchluss zwischen

den Folgewochen wurde sie mit prominenten Köpfen weitergeführt. In der Schweiz löste die Stalking-Affäre um Yannick Buttet eine Debatte über sexuelle Belästigung im Bundeshaus aus. #MeToo ist ein Thema, das Gesellschaft und Politik auch 2018 weiter begleiten wird. In der Finanzbranche sorgte die Kryptowährung Bitcoin mit einer explosionsartigen Vervielfachung des Wertes, verbunden mit riesigen Schwankungen, für Aufsehen. Auch die Kryptowährungen werden uns die nächsten Jahre politisch beschäftigen. Ende des Jahres gab der re-



Der internationale Druck bleibt: Nach dem Scheitern der USR III braucht es schnell eine konsensfähige Alternative.

(extrem) Linken und Bürgerlichen (FDP, SVP) führte dazu, dass auch diese Reform vor dem Volk Schiffbruch erlitt. Auch für SP-Bundesrat Alain Berset gilt es deshalb, innert nützlicher Frist eine neue Vorlage zu präsentieren. Ab Oktober kommt, ausgelöst in der New York Times und durch Geschichten rund um den Schauspieler und Filmproduzenten Harvey Weinstein, die #MeToo-Debatte ins Rollen. In

kordverdächtig früh gestartete Abstimmungskampf zur No-Billag-Initiative medial bereits viel zu Reden. (Die EVP beschliesst dazu an ihrer Dezember-DV deutlich die Nein-Parole.) Und damit ist endgültig klar: Das politische Jahr 2018 kann kommen!

**DOMINIK WÄHRY**  
GENERALSEKRETÄR EVP CH  
dominik.waehry@evppev.ch

## IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr

Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch

Redaktion und Grafik: Dirk Meisel (dm)

Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Beat Bachmann (bb), Raphael Hähnen, Dirk Meisel, Marianne Streiff, Ellen Tedaldi (Lektorat), Dominik Währy

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet

ClimatePartner  
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071



## KANN DIE SCHWEIZ 2018 DEN STILLSTAND ÜBERWINDEN?

Die Reformwerke Unternehmenssteuerreform III und Altersvorsorge 2020 benötigen schnellstmöglich eine Neuauflage. Auch die Verhandlungen mit der EU treten auf der Stelle. Neue Initiativen bringen zusätzliche Themen zur Abstimmung: Ein Blick auf das politische Jahr 2018.

Die Unternehmenssteuerreform III hatte die Bevölkerung im Februar 2018 aus guten Gründen deutlich bachab geschickt. Der Druck auf die Schweiz, anstelle wettbewerbsverzerrenden

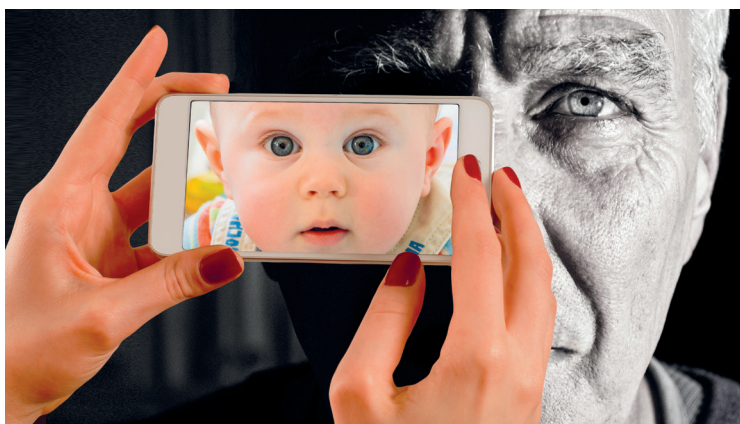
werden und wann kommt nun die Angleichung des Rentenalters? Der Reformstau ist gross, die Zeit drängt, sonst droht der AHV das finanzielle Aus und die Schieflage zwischen den Generationen verschärft sich weiter.

die Verfassung oder kommt als Gegenentwurf ein Verhüllungsverbot auf Gesetzesstufe? Wie entscheidet die Schweiz bei der Konzernverantwortungsinitiative und wie bei der sogenannten «Selbstbestimmungsinitiative»? Wie gehen wir mit der «Hornkuh-Initiative» um oder mit der für «Fair Food»

### Olympiade in der Schweiz?

Und wollen wir als Schweiz die Olympischen Spiele in Sion ausrichten oder nicht? Auch der Vaterschaftsurlaub wird uns beschäftigen sowie Initiativen zur Zersiedelung oder für mehr bezahlbare Wohnungen.

**DIRK MEISEL**  
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH  
dirk.meisel@evppev.ch



Eines der wichtigen Themen der politischen Agenda 2018: Die gescheiterte Altersvorsorge braucht dringend eine Neuauflage.

Steuerprivilegien international akzeptierte steuerliche Entlastungsmassnahmen für Unternehmen zu schaffen, bleibt jedoch. 2018 soll nun mit der Steuervorlage 17 eine ausgewogene Alternative vorgelegt werden, die ungerechtfertigte Privilegien beseitigt, ohne immense Steuerausfälle und soziale Schieflage zu hinterlassen. Die Vernehmlassung läuft.

### Reform der Altersvorsorge

Im Herbst letzten Jahres scheiterte dann ein weiteres wichtiges Reformwerk an der Urne, das für den Fortbestand der Schweizer Sozialwerke existenziell ist: die Altersvorsorge 2020. Auch hier braucht es möglichst rasch eine mehrheitsfähige Alternative. Sollen 1. und 2. Säule getrennt reformiert werden? Wie kann das Gesamtrentenniveau gehalten

### Klare Regelung des Verhältnisses EU - Schweiz

Für die Schweiz hat sich der bilaterale Weg mit der EU bewährt. Um ihn erfolgreich weitergehen zu können, muss die gemeinsame Zusammenarbeit institutionalisiert werden. Wie kann ein derartiges Rahmenabkommen ausgestaltet werden, ohne den bilateralen Weg zu gefährden und ohne die Souveränität der Schweiz einzuschränken - ein weiteres Mega-Thema, das uns 2018 beschäftigen wird.

### Ehe für alle, Burka-Verbot und Hornkühe

Und schliesslich: Kommt die «Ehe für alle» und mit ihr der freie Zugang zu Kinderadoption und Fortpflanzungsmedizin? Schreibt uns die «Burka-Initiative» eine Kleidervorschrift in

## FORTS. VORSTÖSSE

Darin wird der Bundesrat beauftragt, die Gesetzgebung so anzupassen, dass Werbung für Tabakprodukte und E-Zigaretten in Print- und Onlineprodukten wie z.B.

Zeitschriften, Social Media oder Apps verboten wird, die Minderjährigen leicht zugänglich sind.

Gratiszeitungen zum Beispiel sind bei Jugendlichen besonders beliebt, so Nik Gugger in seiner Begründung. Auch jede zweite Website der Tabakmarken ist für Minderjährige zugänglich. Internetnutzer werden in den Social Media zu Tabakpromotoren. Apps und digitale Spiele sind in den einschlägigen Vereinbarungen mit der Tabakindustrie noch überhaupt nicht berücksichtigt. Die Tabakindustrie zielt mit ihrer Werbung bewusst auf Kinder und Jugendliche, um «Nachwuchs» für ihr gesundheitsschädliches Produkt zu generieren. Ein Grossteil der Raucher habe gemäss Studien vor dem 20. Geburtstag mit dem Rauchen begonnen. Und gerade auf Jugendliche hat Werbung einen grossen Einfluss: Gemäss einer deutschen Studie steigt das Risiko, dass Jugendliche zu rauchen beginnen, um 46 Prozent, wenn sie Tabakwerbung ausgesetzt sind.





## ES GEHT UM JEDE EINZELNE EINGELEGTE LISTE!

In der Stadt Zürich geht es für die EVP am 4. März um alles oder nichts: Sie will alles daran setzen, um die 5-Prozent-Hürde zu überwinden. Diese verlangt, dass eine Partei in einem der 9 Wahlkreise mindestens 5 Prozent der Stimmen erreichen muss, um ins Stadtparlament einzuziehen. Vor vier Jahren war die EVP daran gescheitert – wegen gerade einmal 2 (!) Wahlzetteln! Damit war die Stadtzürcher EVP erstmals seit Jahrzehnten nicht mehr im Rat vertreten. Um ein derart bitteres Debakel nicht zu wiederholen, spannt sie dieses Mal mit der BDP auf einer gemeinsamen Liste zusammen. Eine ähnliche Politik, ein gemeinsames Ziel: Die «Stimme der politischen Mitte» soll im Parlament wieder Einzug halten. Herausforderungen hat die



Fotos: zVg

Am 4. März geht es um jede eingelegte EVP/ BDP-Liste 12, damit die Stadtzürcher EVP die 5%-Hürde überwinden und wieder ins Stadtparlament von Zürich einziehen kann!

Stadt genügend zu bewältigen: Günstiger Wohnraum ist knapp, das Ladensterben geht weiter, die Verkehrsprobleme stauen sich und die soziale Sicherheit ist zunehmend fragil. EVP und BDP bieten als massvolle politische Mitte Hand für sachliche

Lösungen statt parteipolitischer Profilierung. Denn im Moment blockieren sich die links-grünen und bürgerlich-konservativen Parteien oft gegenseitig. «Es fehlt eine Mitte-Partei mit Werten», konstatiert EVP-Kandidatin Claudia

Rabelbauer, die auch für den Stadtrat antritt. Und Parteikollege Roger Föhn pflichtet bei: «Das emotionalste Thema der rechten Parteien sind die Parkplätze in der Stadt. Das reicht einfach nicht.»



## EIN SITZ MEHR FÜR DIE POLITISCHE MITTE

Unter dem Motto «Für mehr Miteinander und füreinander» steigt die EVP Kanton Bern in den Wahlkampf für die Wahlen von Regierung und Parlament am 25. März 2018. Ein Motto, das angesichts rigider Sparmassnahmen auf Kosten der schwächsten Mitmenschen und zugunsten der gewinnstärksten Unternehmen besondere Aktu-



Hans Kipfer in die Regierung

alität erhält. Erklärtes Ziel ist es, im Grossen Rat einen Sitz hinzuzugewinnen, um die politische Mitte zu stärken. 301 Kandidierende schicken die Berner ins Rennen, 118 davon sind Frauen. Listenverbindungen gibt es mit den Grünliberalen, zum Teil auch mit BDP, CVP und EDU. Zentrale Themen sind eine Wirtschaft, die den Menschen dient, eine Bildung, die Bestnoten erzielt und Werte, die wertvoll bleiben sollen. Bei den Wahlen für den Regierungsrat strebt die EVP zusammen mit den Grünliberalen einen Sitzgewinn an. Die Kandidaten sind Hans Kipfer für die EVP und Michael Köpfli (glp). «Es braucht uns Mittelpolitiker, um Blockierung und Polarisierung zu überwinden», ist Kipfer überzeugt. Er sieht sich als Vermittler zwischen linken



Fotos: zVg

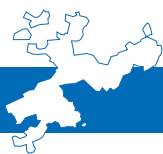
Heute hat die EVP zwölf Sitze im Berner Kantonsparlament. Ein weiterer soll hinzukommen.

und rechten Positionen, um Miteinander und Solidarität im Kanton zu erhalten. Die zweifellos notwendigen Sparmassnahmen etwa könnten gezielt bei Effizienzsteigerungen auf Verwaltungsebene ansetzen, wie sein vom Parlament überwiesener Vorstoss fordert. Bleibt zu hoffen, dass der er-

folgreiche Wahlherbst 2017 in den Gemeinden auch kantonanahält. Sitzgewinne gab es in Büren a.A. und Nidau. In Köniz, Langnau und Münsingen kamen zusätzliche Parlamentssitze hinzu. In Grenchen wurde mit Christine Hofer erstmals eine Frau Gemeindepräsidentin.



## KANTON SOLOTHURN



### NEU IM KANTONS RAT

**A**nfang 2018 übernahm André Wyss von René Steiner den EVP-Sitz im Solothurner Kantonsrat. René Steiner setzte sich als EVP-Kantonsrat fast 13 Jahren engagiert für christliche Werte ein. Gerade in der Bildungspolitik war Steiner aktiv und mit seinen Vorstössen erfolgreich. René Steiner konnte sich dank seiner geschliffenen Voten im Kantonsrat Gehör ver-

schaffen und etwas bewirken. André Wyss (41) ist seit 2009 im EVP-Kantonalvorstand und seit 2015 Gemeindepräsident von Rohr SO. Der ausgewiesene Finanzexperte übernimmt Steiners Sitz in der Finanzkommission des Kantons. Familie und Bildung sind weitere zentrale Themen des Familienvaters. André Wyss ist im Solothurner Kantonsrat ein Teil der CVP/EVP/glp/BDP-Fraktion. (bb)



alt Kantonsrat René Steiner



Neu im Rat: André Wyss

## KANTON ZÜRICH



### #EVPBIDELÜÜT

**S**ympathische Wahlkampf-Aktion neulich im Winterthurer Quartier Gutschick: EVP-Kandidat Sämi Müller lud zum «Pimp up day»: Wer wollte konnte sich gratis die Haare schneiden, die Nägel maniküren oder das Make-up auffrischen lassen. Die Botschaft dahinter: «Mensch, du bist wertvoll!» – egal welche Haarfarbe, ob mit Lippenstift oder ohne. Und wo kommt man schliesslich besser ins Gespräch über das eigene Quartier, das Leben und die Politik als beim Coiffeur?



Pimp up day mit Sämi Müller

## KANTON BASELSTADT



### 90 ANLÄSSE , 6 STICHE

**S**ie wird bereits mit Hochleistungssportlern verglichen: 90 Anlässe in 6 Monaten hat Elisabeth Augstburger, EVP, als Präsidentin des Baselbieter Landrates in der ersten Hälfte ihres Präsidiums bereits absolviert. Sie wolle die einmalige Chance des Landratspräsidiums nutzen, um «gute Spuren zu legen», so Augstburger jüngst in einem Interview. Einen Schwerpunkt ihrer Repräsentationstätigkeit sieht sie darin, den Organisationen und Verbänden vor Ort ihre Wertschätzung vor allem auch für die vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten zu zeigen, die überall im Land geleistet werden. «Ich sehe einfach, wieviel in der Freizeit geschafft wird und wieviel sehr gute Arbeit geleistet wird. Das ist nicht selbstverständlich», findet Elisabeth Augstburger. Doch ihr Einfluss begrenzt sich bei weitem nicht auf Repräsentationspflichten:

Nicht weniger als 6 (!) Stichtescheide musste sie im ersten halben Jahr im Parlament bereits treffen. «Das zeigt, welchen Einfluss das Präsidium mitunter nehmen kann. Für 2018 wünscht sie dem Rat denn auch «ein gutes Miteinander und eine klare, respektvolle Kommunikation sowie Wertschätzung anstelle gegenseitiger Schuldzuweisungen.»



Elisabeth Augstburger

## KANTON SCHAFFHAUSEN



### LÖSUNGEN STATT TEMPO

**M**it einem Ganzresultat aller gültig abgegebenen Stimmen ist Rainer Schmidig Anfang Januar zum 118. Präsidenten des Schaffhauser Grossen Stadtrats gewählt worden. Er wünsche sich faire Debatten, bei den möglichst alle Facetten eines Geschäfts beleuchtet werden, so Schmidig in seiner Antrittsrede. Schmidig gehört im Parlament zur siebenköpfigen Mittelfraktion mit Vertretern der Grünen, der CVP und der glp, der bei Entscheidungen immer wieder ein gewisses Gewicht zukommt. «Eine rasche Behandlung möglichst vieler Geschäfte ist nicht das Hauptziel des Rates. Aufgabe des Parlamentes ist es, Probleme zu erkennen und gute Lösungen zu finden. Das

dauert manchmal etwas länger. Deshalb darf ein Ratspräsident nicht ungeduldig sein», schmunzelt Schmidig im Interview. Der 68-jährige pensionierte Lehrer vertritt die EVP seit 2001 sowohl im Grossen Stadtrat als auch im Schaffhauser Kantonsrat.



Rainer Schmidig

NR° 1  
Februar 2018

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



A.Z.B.  
3001 Bern



## AUS DEN FACHGRUPPEN

### FAHRT AUFGENOMMEN

Alle vier Fachgruppen haben ihre Arbeiten aufgenommen und sind dabei, Inhalte zu vertiefen sowie politische Forderungen und Vorstösse zu konkretisieren.

#### UMGANG MIT DEM ISLAM?



Innerhalb der Fachgruppe «Religion, Kultur, Gesellschaft» haben sich drei Unterthemen herauskristallisiert, um die sich aktuell jeweils kleinere Gruppen kümmern: Wäre es sinnvoll, einen Artikel über Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Bundesverfassung zu ergänzen?

Könnte eine Charta der Religionen das Zusammenleben in der Schweiz verbessern? Und wie gehen wir als christlich geprägte Gesellschaft konstruktiv mit dem Islam um?

#### DIGITALISIERUNG UND STARTUPS



Auch in der Fachgruppe «ethisches Unternehmertum» wurden Ende 2017 nochmals intensiv die Handlungsbedarfe diskutiert. Die Teilnehmenden arbeiten nun an vier Unterthemen weiter, welche sich dem Fachkräftemangel, der Digitalisierung, der Stärkung der lokalen Wirtschaft und Verbesserung

von Rahmenbedingungen für Startups annehmen wollen. Bekannte Herausforderungen, auf die aktuell noch keine zufriedenstellenden Antworten vorliegen. Welche Massnahmen sind zu ergreifen, um für die Herausforderungen in diesen Bereichen passende, politisch umsetzbare Lösungen präsentieren zu können?

#### SENSIBILISIERUNG UND OPFERSCHUTZ



In der Fachgruppe «Ausbeutung und Menschenhandel» zeichnen sich auf verschiedenen Gebieten ebenfalls Handlungsbedarfe ab, die konkret weiterverfolgt werden. Zum einen der Bereich Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Politik und der Verwaltung. Zum anderen im Bereich

der Strafverfolgung die Frage, inwieweit ein eigener Straftatbestand definiert werden muss, um einschlägige Straftaten überhaupt wirkungsvoll verfolgen und ahnden zu können. Ein weiterer Themenkomplex betrifft den Opferschutz, etwa auf den Migrationsrouten oder im Asylwesen.

#### EIGENSTÄNDIGKEIT UND BEGLEITUNG



Die Fachgruppe Generationenpolitik (ehemaliger Arbeitstitel «Umgang mit dem Alter») hat verschiedene Handlungsfelder ausgemacht, die nun vertieft analysiert werden. Der erste grosse Themenkomplex befasst sich mit der

dringenden Notwendigkeit eines alters- und generationengerechten Arbeitsmarktes. Im zweiten Bereich geht es um konkrete Hebel für ein eigenständiges Leben im Alter. Und schliesslich beschäftigt sich die Arbeitsgruppe vertiefend mit dem Ausbau der Palliative Care.